

# 50 Jahre



Festschrift zum  
**50. Jubiläum**  
der offiziellen Gründung der  
**Unabhängigen Wähler Gemeinschaft**  
Starnberg



# Was Sie erwartet:

Grußwort des Ortsvorsitzenden der UWG  
Altbürgermeister Ferdinand Pfaffinger

Grußwort des Ersten Bürgermeisters  
Patrick Janik

Ein wenig Statistik am Anfang

50 Jahre UWG

Wie alles begann ...

Die Stadträte der UWG

Damals während des Baus vom Bahnhof Starnberg Nord ...

„Die Dauerbrenner“

Visionen für die Zukunft

# Grußwort des Ortsvorsitzenden der UWG

## Altbürgermeister Ferdinand Pfaffinger



Liebe Mitglieder, liebe Freunde und Unterstützer der UWG,

am 14.6.1971 trafen sich 21 Starnberger Bürgerinnen und Bürger, um in einer Gründungsversammlung die „Unabhängige Wählergemeinschaft Starnberg“ kurz „UWG“ aus der Taufe zu heben. Dies nehmen wir gerne zum Anlass, mit Ihnen zusammen das 50-jährige Bestehen festlich zu begehen.

Im Jahr 1969 wählte Starnberg den jungen Rechtsanwalt Heribert Thallmair zum Ersten Bürgermeister und die Unterstützung des neuen Mannes an der Spitze der Stadt war das erklärte Ziel der Gründung der UWG. Bei der Kommunalwahl 1972 wurde Heribert Thallmair im Amt bestätigt und Rechtsanwalt Jo-chen Krebs, konnte für die UWG ein Stadtratsmandat erreichen, das er auch bei den Kommunalwahlen 1978 verteidigte.

In den Folgejahren wurde die UWG mehr und mehr zu einem berechenbaren Faktor der Starnberger Kommunalpolitik. 1990 mit zwei und 1996 mit sechs Stadtratsmandaten, wuchs die UWG immer mehr vom reinen „Bürgermeister Unterstützerverein“ zu einer eigenständigen kommunalpolitischen Kraft, die immer die positive Entwicklung Starnbergs im Blick hatte und dies hat sich bis heute nicht geändert.

Ich selbst hatte seit meiner Wahl zum Ersten Bürgermeister im Jahr 2002 für meine Pläne und Vorhaben von der Fraktion der UWG oftmals mehr Unterstützung erhalten als von meiner eigenen, sodass ich folgerichtig auch meine kommunalpolitische Heimat ab 2006 bei der UWG fand.

Die „Wahlkämpfe“ vor den Kommunalwahlen von 2008 und 2014/15 machten ihrem Namen alle Ehre und in dieser Zeit kehrte ein unguter Geist in den Stadtrat ein, der es oft schwer machte zur sachbezogenen Arbeit zu finden. Die UWG stand auch in dieser schwierigen Zeit immer zu ihren Grundsätzen, vernünftige und machbare Lösungen zu verfolgen, auch wenn diese Haltung von den Wählerinnen und Wählern nicht immer belohnt wurde.

2020 ist es schließlich in einer wohl einmaligen Aktion gelungen, dass sowohl die CSU als auch SPD und BLS den UWG Bürgermeisterkandidaten Patrick Janik auch zu ihrem Kandidaten gewählt haben und man somit gemeinsam in eine sehr erfolgreiche Kommunalwahl gehen konnte. Mit dem neu gewählten Bürgermeister ist auch wieder Respekt und gegenseitige Wertschätzung in den Stadtrat zurückgekehrt, sodass die ehrenamtliche, kommunalpolitische Arbeit wieder Spaß macht. Die UWG wird auch weiterhin zu ihren Grundsätzen stehen und jeden unterstützen, der zum Wohle der Stadt Starnberg vernünftige Vorschläge macht.

Ich wünsche meiner UWG weiterhin alles Gute und viel Erfolg auf dem Weg in eine gute Zukunft für unsere Stadt.

Ferdinand Pfaffinger  
Erster Vorsitzender

# Grußwort des Ersten Bürgermeisters

## Patrick Janik



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor 50 Jahren schlossen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zur Unabhängigen Wählergemeinschaft Starnberg (UWG) zusammen. Zu diesem Jubiläum darf ich allen Mitgliedern im Namen der Stadt Starnberg sehr herzlich gratulieren. Gleichzeitig sage ich Danke für die vielen geleisteten ehrenamtlichen Stunden.

Schauen wir uns diese 50 Jahre rückblickend an, so ist festzustellen, dass die UWG über fünf Jahrzehnte, in guter politischer Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen im Stadtrat, Verantwortung in unserer Stadt übernommen hat. Ich selbst kann als UWG-Mitglied für die letzten acht Jahre sprechen, in denen ich vor allem den gegenseitigen Respekt

und die konstruktive Zusammenarbeit und nicht zuletzt auch die gute Stimmung stets sehr geschätzt habe. Auch aus diesem Grund hat die UWG-Fraktion die vergangenen Amtsperioden ja meist mit mehr Mandatsträgern beendet als zu Beginn gewählt waren. Das hat der UWG zwar das wenig schmeichelhaft gemeinte Attribut "Sammelbecken" verschafft, ich glaube allerdings, dass die Wahrnehmung als "Sammelbecken der Vernunft jenseits aller Parteigrenzen" mit dem Selbstbild der UWG hervorragend vereinbar ist. Starnberg lebt von Menschen, die für ihre Stadt bürgen und damit für die Bürgerschaft eintreten wollen. Diesen wollte die UWG stets die politische Heimat bieten.

Die UWG ist als parteiunabhängige Vereinigung aus dem kommunalpolitischen Geschehen in Starnberg nicht mehr wegzudenken und hat die Starnberger Politik in den letzten Jahrzehnten entscheidend mitgeprägt und stellt nach zwei Amtsperioden von Ferdinand Pfaffinger von 2002 bis 2014 nun seit 2020 mit anderen gemeinsam erneut den Ersten Bürgermeister.

Die UWG kann stolz sein auf das Erreichte. Die Mitglieder der UWG nehmen nach wie vor mit großem Eifer und großer Kompetenz an der Gestaltung des öffentlichen Lebens unserer Heimatstadt teil und sind und waren dabei unabhängig und bürgernah.

Ich wünsche der UWG daher im Namen der Stadt Starnberg auch für die kommenden 50 Jahre viel Erfolg.

Herzlichst  
Ihr

Patrick Janik  
Erster Bürgermeister

# Ein wenig Statistik am Anfang

## „Unsere“ Bürgermeister:

1968 - 2002: Heribert Thallmair (1. Bgm., CSU)

1996 - 1999: Dr. Jürgen Busse (3. Bgm., UWG)

1999 - 2002: Prof. Dr. Otto Gaßner (3. Bgm., UWG)

2002 - 2014: Ferdinand Pfaffinger (1. Bgm., ab 2006 UWG)

2008 - 2014: Winfried Wobbe (3. Bgm, UWG)

2020 - heute: Patrick Janik (1. Bgm., UWG)

## Unsere Stadträte waren/sind:

1972 - 1978: Jochen Krebs

1978 - 1984: Jochen Krebs

1984 - 1990: Lieselotte Bach, Hans Saegmüller

1990 - 1996: Alois Brunner, Dr. Jürgen Busse

1996 - 2002: Alois Brunner, Dr. Jürgen Busse, Prof. Dr. Otto Gaßner, Dr. Mario Stock, Helge Walter, Winfried Wobbe

2002 - 2008: Dr. Jürgen Busse, Prof. Dr. Otto Gaßner, Dr. Mario Stock, Helge Walter, Winfried Wobbe

2003 - 2008: zugewandert: Erwin Seethaler, Rita Stoschek

2008 - 2014: Hans Beigel, Dr. Jürgen Busse, Prof. Dr. Otto Gaßner, Dr. Mario Stock, Helge Walter, Winfried Wobbe

2009 - 2014: zugewandert: Barbara Frey

2013 - 2014: zugewandert: Dr. Axel Stang

2014 - 2015: Hans Beigel, Dr. Jürgen Busse, Prof. Dr. Otto Gaßner, Winfried Wobbe

2015 - 2020: Dr. Jürgen Busse (bis 2016), Prof. Dr. Otto Gaßner (ab 2016), Patrick Janik, Winfried Wobbe

2017 - 2020: zugewandert: Angelika Wahmke

2020 - heute: Prof. Dr. Otto Gaßner, Dr. Thorsten Schüler, Winfried Wobbe

**unser Dank geht an alle gewählten und für die  
UWG aktiven Stadträtinnen und Stadträte**

## **Unsere Ortsvorsitzenden:**

1974 – 1990: Dr. Ernst Günther

1990 – 2010: Georg Schalper

2010 – 2015: Claudia Bader

2015 – heute: Altbürgermeister Ferdinand Pfaffinger

## **Ausgewählte Schwerpunkte der Kommunalpolitik der UWG:**

1986: Fertigstellung Brunnangerhalle

1987: Verkehrsentlastung für Starnberg vom Durchgangsverkehr

1989: Abschluss Raumordnungsverfahren für den B2-Entlastungstunnel

1995: Eröffnung Schlossberghalle

1999: Eröffnung Planfeststellungsverfahren B2-Entlastungstunnel

2000: Abwenden weitere Bauverzögerungen am Bahnhof Starnberg Nord aufgrund von Insolvenz

2001: Eröffnung Bahnhof Nord

2002: Gründung des interfraktionellen Arbeitskreises „Seeanbindung“

2002: Neubau Kindergarten in der Bahnhofstraße

2003: Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Heribert Thallmair

2003: Stadtrat beschließt, nach dem Ergebnis der „runden Tische“ für Verkehrslösungen, den Bund zu bitten, den B2-Tunnel baldmöglichst zu bauen.

2003: Der neue Katamaran auf dem Starnberger See wird auf den Namen „MS Starnberg“ getauft

2004: Eröffnung „Villa Rustica“ bei Leutstetten

2005: Im Rahmen der BUGA in München, Eröffnung des Rundweges um das Leutstettener Moos

2005: Entscheidung für den Bahnhof Starnberg Nord

2006: Preisvergabe Architektenwettbewerb Seeanbindung

2006: Erwerb von 30,5 ha Grund um den Klosterberg in Percha von der St. Josefskongregation Ursberg

2006: Hochwassersicherung Percha durch Bau des Rückhaltebeckens Lüßbach/Schwabbruck

2006: Eröffnung des Hotels „Vier Jahreszeiten“

# Ein wenig Statistik (Fortsetzung)

## Ausgewählte Schwerpunkte der Kommunalpolitik der UWG:

2007: Planfeststellungsbeschluss B2-Entlastungstunnel

2007: Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Stadtpfarrer Konrad Schreiegg

2007: Eröffnung der Kinderkrippe an der Obwaldstr.

2007: Fertigstellung Einheimischenmodell Perchting

2007: Präsentation des Bandes 1 der Stadtgeschichte. Bis 2011 folgten weitere 9 Bände. Der 10. Band erschien 2019

2007: Erwerb der Fläche am Wiesengrund

2007: Eröffnung neuer Betriebs Hof

2007: Eröffnung Erweiterungsbau Gymnasium

2008: Klageabweisung gegen den Planfeststellungsbeschluss durch den Verwaltungsgerichtshof

2008: Eröffnung Neubau „Museum Starnberger See“

2008: Eröffnung Neubau Feuerwehrhaus Söcking

2008: Eröffnung des umgebauten Tutzinger Hof Platz

2009: Einleitung Planfeststellung Westumfahrung

2009: Oberbayerische Kulturtage und Jugendkulturtage in Starnberger

2009: Eröffnung der Kneipp-Tretanlage

2009: Umbau Kirchplatz

2010: Grundsteinlegung „Ilse Kubaschewski Haus“

2010: Eröffnung der Präsentation der Ausgrabung St. Benedikt

2010: 1000-Jahrfeier Wangen

2010: Eröffnung Stadtarchiv

2010: Eröffnung Jugendzentrum „Nepomuk“

2011: Fertigstellung 1. Bauabschnitt Einheimischenmodell „Am Rudolf Widmann Bogen“

2011: Einvernehmliche Vereinbarung mit den Gemeinden Tutzing, Feldafing und Pöcking auf Abstufung der Seeuferstraße zur Ortsstraße bei Fertigstellung des B2-Tunnels

2012: Baubeginn Mensa Grundschule Ferdinand-Maria-Str.

2012: Baubeginn Erweiterung Grundschule Söcking

2012: 100 Jahre Stadt Starnberg Festjahr mit umfangreichem Programm u.a. Seebühne

2012: Eröffnung Feuerwehrhaus Leutstetten

2013: Planfeststellungsbeschluss Westumfahrung

2014: Der Arbeitskreis „Seeanbindung“ legt dem Stadtrat nach 10-jähriger Arbeit einen Projektplan vor

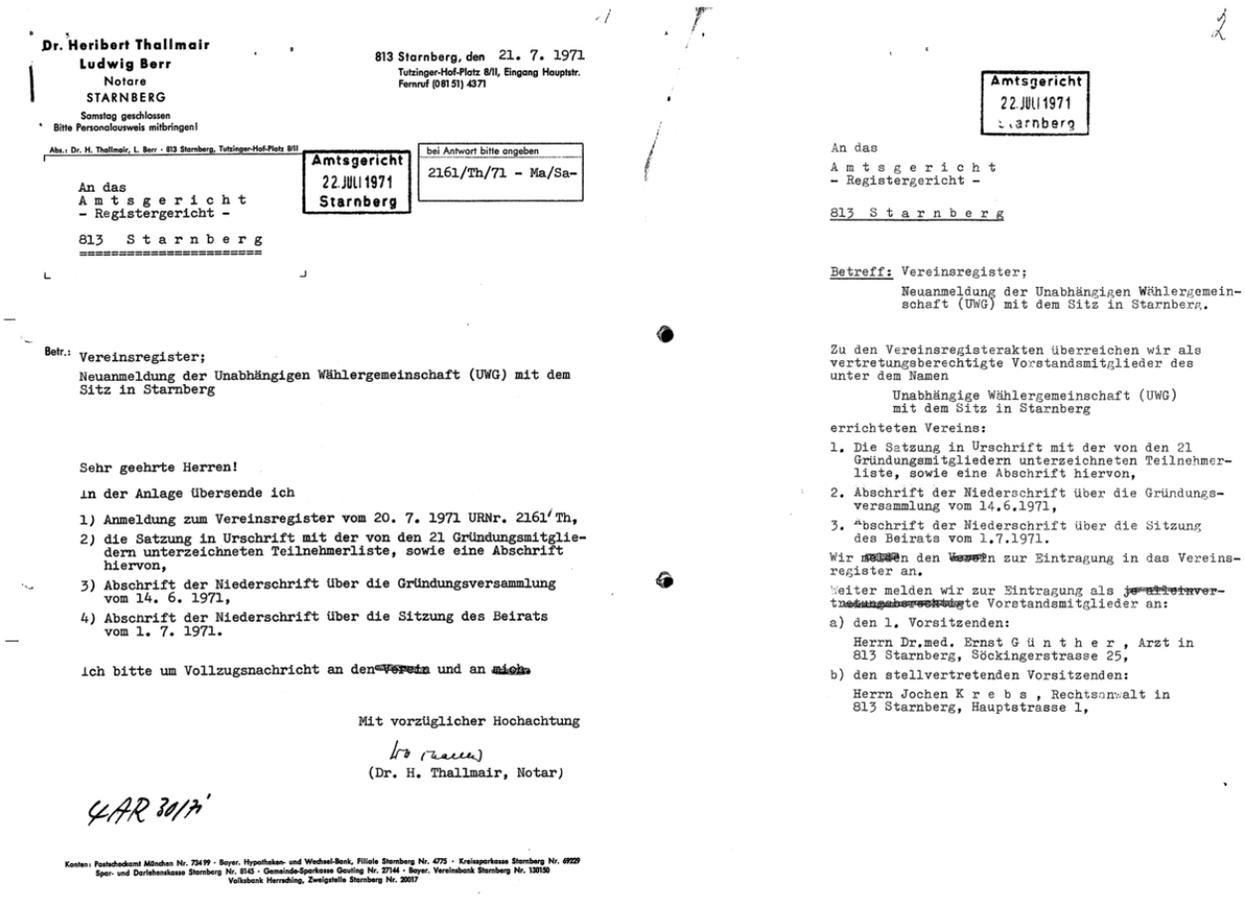
2014: Fertigstellung der Erweiterung des Durchstiches Söckinger Straße

2017: Stadtrat beschließt den Kompromiss „Tunnel bauen – Umfahrung planen“

# Wie alles begann ...

Der Rückblick auf den Gründungsakt im Jahr 1971 soll auch die damalige politische Situation in Starnberg einbeziehen. Drei Jahre vorher wurde der Bürgermeister der Stadt Starnberg Dr. Rudolf Widmann als FDP-Kandidat zum Landrat des Landkreises Starnberg gewählt. Es gelang dem jungen Rechtsanwalt Heribert Thallmair 1969 die Wahl zum ersten Bürgermeister zu gewinnen.

Im Stadtrat gab es damals eine starke Gruppe der FDP, die die Politik bestimmte.



Das Gründungsteam der UWG mit Jochen Krebs, Dr. Ernst Günter und Klaus Reichert wollte Bürgermeister Heribert Thallmair in der Stadtratspolitik mit einer unabhängigen Gruppe unterstützen und zugleich zu der Stadtratsfraktion der FDP und Parteifreie einen Gegenpol setzen.

# Die Stadträte der UWG

## 1972-1984

Die UWG war in der Zeit 1972-1984 im Stadtrat durch Jochen Krebs vertreten. Die Liste der Unabhängigen setzte sich im Schwerpunkt aus Kaufleuten und Freiberuflern zusammen und genoss in der Stadt und auch in den Ortsteilen großes Ansehen. Daher verwundert es nicht, dass bei der Kommunalwahl 1984 der Elektrogroßhändler Hans Saegmüller und die Wangenerin Lieselotte Bach für die UWG antraten und die unabhängige Wählergemeinschaft im Stadtrat repräsentierten.

## 1990

Im Jahr 1990 wählten die Starnberger Dr. Jürgen Busse gemeinsam mit dem Wangener Autohändler Alois Brunner für die UWG in den Stadtrat. Dr. Jürgen Busse war zuvor Abteilungsleiter für Bau - und Umweltschutz am Landratsamt Starnberg. Er wechselte dann als beratender Jurist in den Bayerischen Gemeindetag und war von 1999-2016 Geschäftsführer des Verbandes, bei dem über 2000 Städte und Gemeinden Bayerns Mitglied sind. Präsident des Verbandes war damals der Starnberger Bürgermeister Heribert Thalmair. Zugleich gründete Dr. Jürgen Busse die Bürgergemeinschaft Fünfseenland und war ab 1990 deren Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Landkreises Starnberg. Später änderte die Bürgergemeinschaft Fünfseenland ihren Namen in Freie Wähler.



Gemeinsam mit Alois Brunner war es das Anliegen von Dr. Jürgen Busse die städtebauliche Entwicklung der Stadt und der Ortsteile, die Verbesserung der Verkehrssituation, sowie den Ausbau der Bildungseinrichtungen insbesondere des Gymnasiums und der Grund -und Mittelschulen mit einer aktiven Bürgerbeteiligung voranzubringen. Dabei war es das Anliegen der UWG, den Bürgermeister zu unterstützen. Auch war der UWG klar, dass nur gemeinsam mit den Befürwortern dieser Ziele im Stadtrat die Projekte umsetzbar waren. Sie suchte daher stets

Unterstützer im damals 24-köpfigen Stadtrat. Gerade die Themen der Stadtentwicklung mit dem Bau des Bahnhofs Nord und des B2 Tunnels waren quer durch die Fraktionen im Stadtrat höchst umstritten.

Da die UWG sich mit klarem Profil für diese Themen einsetzte, musste sie viel Kritik der Gegner ertragen.

## 1996

Die Bürgerschaft honorierte aber das Engagement und es gelang der UWG nach der Kommunalwahl 1996 mit sechs Stadträten im Starnberger Stadtrat vertreten zu sein. Neben Alois Brunner und Dr. Jürgen Busse vervollständigten Professor Dr. Otto Gassner, Dr. Mario Stock, Helge Walter und Winfried Wobbe das Team. Dr. Jürgen Busse wurde 1996 zum dritten Bürgermeister gewählt. In dieser Zeit gelang es ihm und den Unterstützern des Projekts den Bahnhof Nord durchzusetzen. Auf diese Weise konnte ein Großteil des Verkehrs aus der Innenstadt verlagert werden. Dr. Busse gab das Amt des dritten Bürgermeisters 1999 ab, als er Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags wurde. Für die Zeit von 1999-2002 wurde Professor Dr. Otto Gassner zum dritten Bürgermeister gewählt.



## 2002

Bei der Kommunalwahl 2002 hatte die UWG August Mehr als Bürgermeisterkandidaten unterstützt, der jedoch in der Stichwahl Ferdinand Pfaffinger von der Bürgerliste unterlag. Sehr bald zeigte sich, dass Pfaffinger für seine Pläne und Vorhaben, die sich sehr oft mit den Vorstellungen der UWG deckten, wenig Unterstützung bei seiner eigenen Gruppierung fand. Folgerichtig verließ er im Jahr 2006 seine bisherige Gruppierung und wurde Mitglied der UWG.

Mit Nachdruck setzte sich Ferdinand Pfaffinger u.a. für die Seeanbindung ein.

Bereits 1987 war es Bürgermeister Heribert Thallmair mit Unterstützung durch die UWG in Person von Professor Dr. Otto Gassner gelungen, einen Vertrag mit der Deutschen Bundesbahn abzuschließen, in dem die Verbesserung der Anbindung der Stadt an den Starnberger See durch eine Gleisverlegung und den Verkauf von Seegrundstücken der Deutschen Bundesbahn an die Stadt geregelt wurden.

Weitere Schwerpunkte der Wahlperiode 2002 – 2008 waren:

- der Rahmenplan Innenstadt
- Mit Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitete ein interfraktioneller Arbeitskreis unter der Leitung des 3. Bürgermeisters Holger Knigge einen Rahmenplan für die weitere bauliche Entwicklung der Innenstadt und des Gewerbegebietes nördlich der B2.
- Arbeitskreis Seeanbindung
- Ebenfalls unter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitete ein interfraktioneller Arbeitskreis einen Projektplan für den Umbau des Seebahnhofs und legte ihn 2014 dem Stadtrat zur Entscheidung vor.
- Runde Tische für Verkehrslösungen in Starnberg für Straße und Bahn
- Mit Bürgerbeteiligung erarbeitetes Ergebnis dem Stadtrat vorgelegt
- Stadtratsentscheidung: B2-Tunnel & Westumfahrung
- Stadtratsentscheidung: oberirdische Gleisreduzierung beim Seebahnhof
- Eröffnung der Ausgrabungen „Villa Rustica“ bei Leutstetten
- Eröffnung des Rundweges um das Leutstettener Moos
- Preisvergabe des Architektenwettbewerbes „Seeanbindung“
- Erwerb von 30,5 ha Grund rund um den Klosterberg in Percha
- Eröffnung des Hotels Vier Jahreszeiten
- Planfeststellungsbeschluss B2-Entlastungstunnel
- Erwerb der Fläche „Am Wiesengrund“
- Eröffnung des neuen Betriebshofes
- Eröffnung Neubau „Museum Starnberger See“
- Eröffnung Feuerwehrhaus Söcking
- Eröffnung des umgebauten Tutzingener Hof Platzes

## 2008

Bei der Kommunalwahl 2008 kandidierte Bürgermeister Ferdinand Pfaffinger für die UWG. Er wurde erneut zum Ersten Bürgermeister und Winfried Wobbe zum 3. Bürgermeister gewählt. Außerdem konnte die UWG neben Dr. Jürgen Busse, Professor Dr. Otto Gassner, Dr. Mario Stock, Helge Walter auch Hans Beigel als Stadtrat begrüßen. In der Wahlperiode von 2008-2014 wechselten auch die Stadträtin Barbara Frey und der Stadtrat Dr. Axel Stang zur UWG. In dieser Zeit war die **UWG die stärkste Fraktion im Stadtrat von Starnberg**.

Schwerpunkte der Wahlperiode 2008 – 2014

- Einleitung der Planfeststellung für die Westumfahrung
- Oberbayerische Kulturtage und Jugendkulturtage in Starnberg.
- Umbau des Kirchplatzes
- Grundsteinlegung „Ilse Kubaschewski Haus“
- Eröffnung der Präsentation der Ausgrabung St. Benedikt
- Eröffnung Stadtarchiv

- Eröffnung Jugendzentrum „Nepomuk“
- Baubeginn Mensa Grundschule Ferdinand-Maria-Str. der Baubeginn Erweiterung Grundschule Söcking
- Planfeststellungsbeschluss Westumfahrung
- Eröffnung Feuerwehrhaus Leutstetten

## 2014

Da Ferdinand Pfaffinger altersbedingt 2014 nicht mehr als Bürgermeister kandidieren konnte, stellte die UWG Hans Beigel als Bürgermeisterkandidaten auf. Unsere Vertreter im Stadtrat ab 2014 waren Hans Beigel, Dr. Jürgen Busse, Professor Dr. Otto Gassner und Winfried Wobbe.

## 2015

Durch eine andere Gruppierung wurde die Wahl 2014 aus fadenscheinigen Gründen angefochten und aufgrund der Entscheidung des Landratsamtes wurde die Wahl 2015 wiederholt. Die UWG war nunmehr mit Dr. Jürgen Busse, Patrick Janik und Winfried Wobbe im Stadtrat vertreten. In dieser Zeit wurden die Projekte Seeanbindung und B2 Tunnel nicht mehr weiterverfolgt. Dies war der Anlass für Dr. Jürgen Busse, sein Stadtratsmandat niederzulegen. Ihm folgte Professor Dr. Otto Gassner in den Stadtrat nach.

Nach einem Informationsgespräch mit Vertretern des Bayerischen Innenministeriums beschloss der Stadtrat allerdings im Februar 2017 den Kompromiss „Tunnel bauen – Umfahrung planen“ und erhielt vom Bund eine Finanzierungszusage für das Projekt.

## 2020

Bei der Stadtratswahl 2020 wurde Patrick Janik zum Ersten Bürgermeister gewählt. Er war von der UWG, der CSU, der SPD und der Bürgerliste als gemeinsamer Kandidat aufgestellt worden. Die UWG ist heute im Stadtrat durch Professor Dr. Otto Gassner, Dr. Thorsten Schüler und Winfried Wobbe vertreten.



# Damals während des Baus vom Bahnhof Starnberg Nord ...

## Baufirma plötzlich insolvent – was tun?

Was man als 3. Bürgermeister auch mal als Aufgabe hat, soll hier exemplarisch anhand der folgenden Tischvorlage dokumentiert werden.

### Tischvorlage für den Stadtrat am 28.02.2000

Vergabe der Rohbauarbeiten 002, Lose 01 - 06 für das Empfangsgebäude, Eisenbahnbrücken, Bahnsteige

Ich gebe dem Stadtrat bekannt, dass ich die Fortsetzung der Arbeiten der in Insolvenz gegangenen Firma Pfeiffer Bau GmbH Rosenheim im Wege eines dringlichen Geschäfts nach Art. 37 Abs. 3 Bayerische Gemeindeordnung am Donnerstag, 23.02.2000, der Firma Wadle-ARI Bau GmbH, Alt-heim/Landshut, zu einem Angebotspreis von DM 6.806.148,77 incl. MwSt. übertragen habe. Weiter bin ich gegenüber der Ingenieurgesellschaft Schmitt & Stumpf eine Verpflichtung von DM 143.318,— zur Erlangung der Tragswerksplanung eingegangen. Ich darf dazu folgende Erläuterung geben:

#### 1) Dringlichkeit

Die Dringlichkeit der Beauftragung beruht in diesem Fall auf zwei verschiedenen, wenn auch nicht gänzlich voneinander unabhängigen Tatsachen.

##### a) Gefahrenlage

Die Höhenlage der Gleise am Bahnhof Nord, auf denen der tägliche Zugverkehr mit Tausenden von Fahrgästen abgewickelt wird, ist instabil geworden. Die Höhenlage der Gleise ändert sich ständig — natürlich nur im Bereich von Millimetern und weniger. Gleichwohl hat sich die Bahn schon veranlasst gesehen, an dieser Stelle, an der normalerweise Tempo 80 gefahren wird, eine Langsamfahrstrecke von Tempo 50 einzurichten. Die Entwicklung der Höhenlage wird durch ein eigenes Sicherheitsteam der Bahn kontinuierlich überwacht. In den Besprechungen mit der Bahn beurteilte diese die Lage wörtlich so: „Im Augenblick besteht keine akute Gefahr, diese kann aber jeden Augenblick eintreten.“ Würde sich die Gleislage doch stärker verändern, müsste der Zugverkehr gänzlich eingestellt werden. Bei einer Verkettung aller denkbaren unglücklichen Umstände wäre mit letzter Sicherheit auch ein Unglück nicht auszuschließen.

Aus diesem Grund war erforderlich, dass so rasch wie möglich die Baustelle wieder besetzt ist und damit auch eine nicht nur beobachtende, sondern auch eine zur Reaktion fähige Mannschaft, die etwa durch Nachstopfen des Gleisbettes Höhenlagenwechsel korrigiert, vor Ort ist. Angesichts der kontinuierlichen Überwachung hat die Deutsche Bahn in Abstimmung mit der Stadt Starnberg uns aber dankenswerter Weise unter Übernahme des Risikos, gleichwohl einen knappen Zeitspielraum bis zu einer unverzüglich herbeizuführenden Vergabereife in Abwägung aller Umstände eingeräumt, um die Stadt in den Vergabeverhandlungen durch übergroßen Zeitdruck nicht gänzlich in eine schlechte Verhandlungsposition geraten zu lassen.

##### b) Terminnot

Die andere Ursache der Dringlichkeit ergibt sich aus den Einschubterminen. Unter großem organisatorischem Aufwand hat die Deutsche Bahn AG mit den beiden ersten Wochenenden im Mai neue Einschubtermine im vorhandenen Fahrplan untergebracht. Werden diese Einschubtermine nicht gehalten, wären neue Termine frühestens im Oktober plantechnisch möglich. Ein bautechnisch verantwortbarer Terminplan erforderte aber eine Wiederaufnahme der Bauarbeiten noch in der 8. Kalenderwoche.

## 2) Verhandlungsergebnis — Vergabeentscheidung

### a) Gang der Verhandlungen

Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Pfeiffer Bau GmbH wurde mit Beschluss des Amtsgerichts Rosenheim - Insolvenzgericht, Geschäftsnummer: IN 21/00 - auf eigenen Antrag der Firma mit Datum vom 10. Februar eröffnet.

Die Stadt Starnberg hat davon am gleichen Tage Kenntnis erhalten. Der Bau- und Umweltausschuss wurde noch am gleichen Tage unterrichtet. Am Tage darauf wurde in einer Besprechung bei Herrn 1. Bgm. Thallmair festgelegt, den Vertrag mit der Firma Pfeiffer Bau bei richtiger Gelegenheit zu kündigen und umgehend leistungsfähige Firmen für die Fortführung der Arbeiten zu gewinnen. Als solche Firmen kamen im Wesentlichen nur zwei in Betracht. Zum einen die Firma Philipp Holzmann AG als der größte und technisch wichtigste Subunternehmer, der schon an der Baustelle präsent war, und zum anderen die im Ausgangsverfahren zweitgünstigst bietende Firma Wadle-ARI Bau GmbH, Altdorf/Landshut, die sich auch fachlich anbot, da sie jährlich mehrere Brückenbauten mit der Deutschen Bahn AG im südbayerischen Raum abwickelt. Die Befugnis, zwischen diesen beiden Firmen den Auftrag freihändig zu vergeben, ergab sich aus § 3 Nr. 4 d) VOB/A angesichts der auch die Dringlichkeit nach Gemeindeordnung tragenden Gefahrensituation; dies wurde auch von der Vergabestelle bei der Regierung von Oberbayern gegengeprüft und bestätigt.

Sowohl die Firma Wadle Bau GmbH als auch die Firma Philipp Holzmann AG erschienen am Dienstag, 15. Februar, zu einer ersten Besprechung im Rathaus. Beide Firmen erklärten sich in diesen Gesprächen als zur geforderten Leistung technisch befähigt und wirtschaftlich bereit. Im Übrigen ergab sich inhaltlich eine unangenehme Überkreuzverflechtung der Vor- und Nachteile beider Firmen. Als am ursprünglichen Bietungsverfahren beteiligte Firma konnte die Firma Wadle Bau einen Preis nennen, nämlich den ihres ursprünglichen Angebots (natürlich vorbehaltenlich des von Pfeiffer erreichten Bauleistungsstands). Da Sie aber mit der Baustelle nicht betraut und vertraut war, konnte Sie keine Angaben zum möglichen Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeiten machen. Umgekehrt konnte die Firma Holzmann als bereits an der Baustelle präsente Firma einen sofortigen Wiederbaubeginn zusagen, umgekehrt aber, da sie nur ihren Subunternehmerbereich wirtschaftlich kannte, keinen Preis nennen. Wir hatten also eine Firma mit Preis, aber eine andere mit Leistungsbereitschaft. Mit beiden Firmen wurde besprochen, sich erneut am Montag, 21. Februar, zu treffen, um dann möglichst eine Entscheidung fällen zu können. Beiden Firmen wurde das von der Firma Obermeyer über das Wochenende überarbeitete Leistungsverzeichnis unter Berücksichtigung des bis zur Insolvenz erreichten Leistungsstands der Firma Pfeiffer Bau GmbH übergeben.

Bei der am Dienstagabend stattfindenden Fraktionsvorsitzendenbesprechung wurde einhellig beschlossen, der Firma Holzmann wegen der Gefahrenlage den Auftrag zum Weiterarbeiten, notfalls auch auf Regiekostenbasis, zu geben. Außerdem wurde gebilligt, die Restforderung der Ingenieurgesellschaft Schmitt & Stumpf zu akzeptiert, um an die Tragwerksplanung zu gelangen. Eine weitere Beschleunigung konnte an den folgenden drei Tagen nicht erreicht werden, da ich in dieser Zeit wegen einer akuten Erkrankung ins Kreiskrankenhaus Starnberg aufgenommen wurde. Nach meiner Entlassung aus dem Krankenhaus am Freitag versuchte ich noch am Nachmittag den Faden wieder aufzunehmen. In einem Telefonat mit der Firma Wadle Bau erklärte ich deren Geschäftsführer Jancker, dass es notwendig sei, dass die Firma Wadle bis zur Besprechung am Montag, 21. Februar, auch ein Konzept entwickle, wie sie die Baustelle rascher als wie bisher in Aussicht gestellt — innerhalb einer Woche — in Griff bekomme. Umgekehrt teilte ich der Firma Holzmann mit, dass sie bereits bis Montag zumindest einen finanziellen Deckel für ein Angebot vortragen solle.

Die erste Besprechung am Montag, 21. Februar, war ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen Bahn AG. Diese erklärten zum einen, dass der neue Einschubtermin an den beiden ersten Wochenenden im Mai fahrplantechnisch innerhalb der Bahn AG (S-Bahn, Regional-, Fern- und Güterverkehr) durchgesetzt sei. Zum anderen erklärten sie, dass sie nunmehr eine unverzügliche Vergabeentscheidung der Stadt wegen der Gefahrenlage aber auch wegen der Einhaltung der neuen Einschubtermine benötigten. Schließlich erklärten sie, dass sich die Bahn nunmehr mit einer durchgehenden Einstiegshöhe von 96 cm zufriedengäbe, die Regionalhaltoption wird durch die Beibehaltung der 280 m langen Bahnsteige aufrechterhalten.

Die anschließend erscheinende Firma Wadle Bau legte dann in der mit ihr geführten Besprechung ein Angebot in Höhe von DM 7.286.181,47 brutto vor und erklärte außerdem, dass sie sich nunmehr auch zur sofortigen Wiederaufnahme der Bauarbeiten im Stande sehe. Die Firma Philipp Holzmann AG konnte dagegen das bei ihr bestehende Defizit der Preisnennung nicht abschließen. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Preiswettbewerbs gab ich ihr aber eine Frist dazu bis Dienstag, 22. Februar, nachmittags 15 Uhr. Da wir in der Besprechung mit der Firma Philipp Holzmann AG den subjektiven Eindruck gewonnen hatten, dass diese in der Erfassung der Problematik noch nicht sehr weit fortgeschritten sei, bereiteten wir uns darauf vor, am nächsten Tag die Entscheidung zugunsten der Firma Wadle zu dem Angebotspreis von rund 7,3 Mio. DM zu treffen. Diese Tendenz wurde auch abends in einer zweiten Fraktionsvorsitzendenbesprechung diskutiert und gebilligt.

Buchstäblich in letzter Minute ging dann am Dienstag, 22. Februar, nachmittags ein Angebot der Firma Holzmann AG ein, das sich auf den ersten Blick auf DM 6,5 Mio. belief. Da das Angebot aber gänzlich anders aufgebaut war als das der Firma Wadle, war für die realistische Gegenüberstellung eine Aufbereitung erforderlich, weshalb ich die endgültige Vergabeentscheidung auf Mittwochvormittag verschob. Die nähere Analyse der Holzmann-Angebots am Mittwochvormittag ergab zusätzlich auch noch aufgrund einer Auslassung dieser Firma, dass das Angebot auf 6,8 Mio. zu beziffern war. Nach einer Rückfrage bei der Firma Wadle gewährte diese dann einen Abschlag auf ihr altes Angebot von 7,3 Mio. in einer Höhe, dass sie unter das Angebot der Firma Philipp Holzmann kam.

## **Vergabeentscheidung**

Bei der Besprechung des Verhandlungsergebnisses empfahlen mir dann sowohl Herr Sikeler und Frau Gundlach vom Stadtbauamt als auch Herr Wiest und Herr Schröck vom Planungsbüro Obermeyer aus ihrer fachlichen Sicht die Entscheidung zugunsten der Firma Walde Bau. Ich habe dann diese Entscheidung so getroffen, wobei sich letztlich objektiv folgende Gründe anführen lassen:

- (1) Primär, wie vergaberechtlich geboten, der, wenn auch knapp, günstigere Preis,
- (2) die Tatsache, dass die Firma Wadle auch die Leistung für den Gleisbau übernimmt, der im Fall der Firma Holzmann AG von der Stadt anderweitig hätte vergeben werden müssen, was das Koordinierungsrisiko auf die Stadt Starnberg verlagert hätte,
- (3) der besondere fachliche Ruf der Firma Wadle Bau als Spezialist für Bahnbrückenbau,
- (4) der bessere persönliche Eindruck von den als für die Baustelle verantwortlich vorgestellten Mitarbeitern,
- (5) die Minimierung etwaiger doch auftretender vergaberechtlicher Probleme, da die Firma Wadle als der zweitgünstigst Bietende quasi das erste Anrecht auf die Vergabe geltend machen kann.

## **b) Wirtschaftliches Ergebnis für die Stadt**

Nach dem von der Firma Pfeiffer Bau bis zum Eintritt der Insolvenz erbrachten Leistungsstand sind der Stadt Vermögenswerte in Form von Bauleistungen in Höhe von 1,6 Mio. zugeflossen. Durch die Insolvenz offengeblieben ist eine Bauleistung in Höhe von 6,4 Mio. DM. Diese fehlende Bauleistung kauft die Stadt nun von der Firma Wadle neu ein, muss dafür aber 6,806 Mio. DM bezahlen. Der Stadt ist damit zunächst ein Schaden in Höhe von 406.000 DM entstanden. Nach § 8 Nr. 2 Abs. 2 Satz 2 VOB/B kann sie diesen Schaden als Nichterfüllungsschaden gegenüber der Firma Pfeiffer Bau GmbH geltend machen. Bei einem Anspruch gegen eine in Insolvenz geratene Firma stellt sich natürlich gleich die Frage nach der Werthaltigkeit des Anspruchs: Da aber die Firma Pfeiffer Bau nun

ihrerseits Restzahlungsansprüche gegen die Stadt in Höhe von DM 600.000 hat, ist der Stadt eine Aufrechnung dagegen möglich. Diese Aufrechnung ist in voller Höhe und nicht in Beschränkung auf die Konkursquote möglich (BGHZ 68,379,382; 96,34; Ganten/Jagenburg/Motzke, VOB/B, § 8 Nr. 2 Rdnr. 44; Heiermann/Riedl/Rusam; VOB, § 8 VOB/B Ranr. 19). Dadurch kann die Stadt ihren vollen Schaden auch wirtschaftlich abdecken. Ergänzend wäre zu sagen, dass der Stadt auch noch eine Vertragserfüllungsbürgschaft seitens der VHV-Versicherungen, Deutsche Kautionsversicherung für die Bauwirtschaft AG, in Höhe von DM 360.000 zur Abdeckung zur Verfügung steht. Da damit keine konkursbedingten Mehrkosten für die Stadt entstehen, stellt sich auch die Frage einer Beteiligung der Zuschusskörperschaften von vornherein nicht. Einzelheiten sind besser mit Hilfe einer Projektionsfolie darzustellen.

### **3) Sonderproblem Schmitt & Stumpf**

Die Fa. Pfeiffer hatte für unternehmerseitig zu erbringende Tragwerksplanung die Ingenieurgesellschaft Schmitt & Stumpf als Subunternehmen beauftragt. Deren Pläne werden dringend für die Fortführung der Pläne benötigt; die Gesellschaft gibt sie aber nur gegen Bezahlung ihrer ausstehenden Forderungen gegen Pfeiffer heraus. Da zwischen der Stadt und Schmitt & Stumpf keine Vertragsbeziehungen bestehen, können beide rechtlich voneinander nichts fordern. Schmitt & Stumpf kein Geld, die Stadt aber auch keine Pläne. Da wir die Pläne aber brauchen, bin ich die neue Verpflichtung zur Bezahlung einzugehen gezwungen gewesen. Der Betrag von DM . . . . geht ein in unsere Schadensersatzansprüche gegen Pfeiffer.

### **4) Beteiligte**

Wenn die Entscheidung auch allein von mir zu verantworten ist, das Verdienst kann ich mir nicht allein zurechnen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Fraktionsvorsitzenden für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wirklich hervorheben muss ich die Kooperation der Deutschen Bahn AG, insbesondere ihres Vertreters vom Geschäftsbereich Netz, Herr Schönleben. Er hat sich wirklich „alle Hax'n ausgerissen“, um uns zu helfen. Und natürlich danke ich unserer Stadtbauverwaltung, insbesondere Frau Gundlach, und den Vertretern von Obermeyer Planen + Beratern.

### **5) Stadtratsbeschluss**

Nach der Rechtslage ist die Vergabeentscheidung auf der Grundlage der Eilzuständigkeit des Bürgermeisters endgültig. Ein Stadtratsbeschluss ist deshalb nicht notwendig, es genügt die Bekanntgabe. Die Eilzuständigkeit beruht allerdings maßgeblich auf einer Einschätzung der Gefahrenlage. Derartige Einschätzungen sind immer aus der Sicht ex ante zu treffen. Erfahrungsgemäß ändert sich dann oft mit dem Ablauf der Zeit auch die Einschätzung, zumal wenn alles gut gegangen ist. Ich wäre deshalb dem Stadtrat persönlich dankbar, wenn er die Vergabeentscheidung nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern auch vorsorglich sich zu eigen macht und billigt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat nimmt die Vergabe der Rohbauarbeiten 002, Lose 01 - 06 für das Empfangsgebäude, die Eisenbahnbrücken und Bahnsteige am Haltepunkt Starnberg Nord in Höhe von DM 6.806.148,77 incl. MwSt. sowie die Übernahme der Restforderung der Ingenieurgesellschaft Schmitt & Stumpf in Höhe von DM 143.318,— DM zur Kenntnis.

Im Hinblick auf eine etwaige nachträglich andere Einschätzung der die Eilzuständigkeit begründenden Gefahrenlage billigt er die Entscheidung auch vorsorglich.

Dr. Otto Gaßner  
3. Bürgermeister

# Die Dauerbrenner

Aus den 50 Jahren, in denen die UWG politisch aktiv im Stadtrat vertreten ist und für eine qualitativ hochwertige Entwicklung der Stadt Starnberg eintritt, sollen einige besonders umkämpfte Projekte als Schlaglichter genannt werden:

## Auswirkungen der Gemeindegebietsreform auf Starnberg

Starnberg hatte 1972 ca. 10.500 Einwohner und die Jahre bis 1978 waren durch die schwierige Gemeindegebietsreform geprägt. Nachdem sich Hanfeld bereits 1972 freiwillig Starnberg anschloss, wurden 1978 die bis dahin selbständigen Gemeinden Hadorf, Leutstetten, Percha, Perchting mit Landstetten, Söcking und Wangen mit Fercha und Schorn eingemeindet. Insbesondere die Gemeinden Söcking und Percha waren nicht so einfach bereit, ihre Selbstständigkeit aufzugeben, obwohl sie in den Folgejahren stark profitierten. So wurde nach und nach die Infrastruktur mit Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Ortsteilen ausgebaut. Die eingegliederte Gemeinde Söcking erhielt als „Entschädigung“ die Franz Dietrich Halle, und mit Percha wurde im Eingemeindungsvertrag die Freihaltung des Seekastens geregelt.

Im Jahr 1978 verzeichnete die Stadt 17.517 Einwohner.

## Stadtplanung 1972-1990



Die Entscheidung der Landespolitik 1972, die Autobahn direkt in die Stadt hineinzuführen, zeigte damals noch nicht die gravierenden Konsequenzen, die heute die Verkehrsbelastung der Stadt Starnberg mit sich bringt.

In den achtziger Jahren wurde viel über die Stadtentwicklung diskutiert. Starnberg sollte sich im Innenstadtbereich qualitativ weiterentwickeln. Zudem sollte ein Verkehrskonzept umgesetzt werden.

Der damalige Eberl Plan sah vor, dass die Verdichtung der Innenstadt insbesondere in der Wittelsbacherstraße stattfinden sollte und der Verkehr vom Tutzinger Hofplatz zum Bahnhof und dann in einer neuen Verbindungsstraße entlang der Bahngleise östlich der evangelischen Kirche wieder auf die Münchner Straße gelenkt werden.

Mit dieser Planung war jedoch eine Verkehrsberuhigung der Innenstadt nicht möglich.

## Planung des B2 Tunnels

Ende der 60er ,Anfang der 70er Jahre entschloss sich der Stadtrat, eine Ortsumfahrung zu prüfen.

Da die dafür erforderlichen Grundstücke aber nicht auf Starnberger Flur lagen und die betroffenen Gemeinden für ein solches Projekt ihre Zustimmung verweigerten, wurde diese Planung nicht weiterverfolgt.

Aufgrund der Verkehrszunahme in der Stadt durch den Autobahnzubringer entschloss sich die Stadt schließlich, bei der Regierung von Oberbayern ein Raumordnungsverfahren für den B2 Tunnel zu beantragen.

Im Rahmen der Raumordnung wurden auch eine ortsnahe und ortsferne Umgehung untersucht. Die Regierung stellte fest, dass die Planung einer Umfahrung mit den damit verbundenen Eingriffen in die ökologisch wertvollen Gebiete, die Starnberg im Norden umgeben, rechtlich nicht zulässig ist. (Naturschutzgebiet Leutstettener Moos, Wasserschutzgebiete des Würmtalzweckverbandes, Bannwälder und Landschaftsschutzgebiete). Die Regierung schloss 1989 das Raumordnungsverfahren für den Tunnel mit positivem Ergebnis ab; das Planfeststellungsverfahren wurde im Jahr 1999 eingeleitet und mit dem Planfeststellungsbeschluss am 22. 02. 2007 abgeschlossen. Die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss wurden vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof mit Urteil vom 9.7.2008 abgewiesen.



Seit Beginn der Planung des B2 Tunnels war das Projekt im Stadtrat und in der Bürgerschaft umstritten. Da die nach Starnberg führenden Staatsstraßen Hanfelder Straße, Söckinger Straße und Possenhofener Straße nicht in den Tunnel integriert werden konnten, wurde kritisiert, dass der Tunnel nur vom Durchgangsverkehr entlastet; aber zu wenig positive Effekte für die Innenstadt zur Folge hätte.

Der Stadtrat hat dieser Kritik insofern Rechnung getragen, als er beschloss, dass von der Waldkreuzung an der Hanfelder Straße bis zum Kreisel an der Maxhof Kaserne die Westumfahrung errichtet wird. Diese ist fertiggestellt und ermöglicht es, den Schwerlastverkehr von der Hanfelder Straße und der Söckinger Straße auf diese Route zu verlagern.

Bereits unter der Führung von Stadtrat Theo Beigel, Gräfin Ruth Almeida, Dr. Erich Haniel sowie Peter Specht u.a. wurde eine Bürgerinitiative „Tunnel für Starnberg“ gegründet. Nach der Umbenennung der Initiative in „Verein umweltgerechte Verkehrsentslastung Starnberg“ übernahm am 23.5.2012 Dr. Jürgen Busse den Vorsitz. Trotz umfassender Aufklärung in der Bürgerschaft wurde das Projekt nach wie vor bekämpft.

Wie es ist, wenn auf der B2 kein Verkehr durch die Innenstadt zu sehen ist, konnten die Teilnehmer 2015 bei der Demonstration für den B2 Tunnel feststellen, die im Zuge des Wahlkampfs von der UWG und befreundeten Gruppierungen organisiert wurde. Gerade diese Stille am Tag war für die Teilnehmer und auch einige Anwohner ein besonderes Erlebnis.



Nachdem es endlich gelungen war, die Finanzierungszusage beim Bund zu erreichen, fand eine feierliche Eröffnung mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, dem früheren Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt sowie der Landtagspräsidenten Ilse Aigner statt. Die Eröffnung wurde massiv durch eine Protestkundgebung, die von Stadträten der WPS organisiert war und von Frau Bürgermeisterin Eva John begleitet wurde, gestört. Der Bundesverkehrsminister stellte hierzu fest, dass es selten ist, dass der Bund eine Unterstützung von 200 Millionen € ankündigt und hierfür ein Pfeifkonzert ertet.



Der B 2 Tunnel ist jetzt seit zwei Jahren in Form diverser baulicher Maßnahmen im Nordzulauf auf der Münchner Straße im Bau und das von einigen schon für diese Phase heraufbeschworene Verkehrschaos während der Bauzeit des B2 Tunnels blieb bis heute aus.

## **Seeanbindung der Stadt Starnberg Bau des Bahnhofs Nord**

Bereits im Jahr 1987 wurde vom Ersten Bürgermeister Heribert Thallmair mit Unterstützung von Heiner Janik, dem Vater unseres heutigen Ersten Bürgermeisters, und Professor Dr. Otto Gassner mit der Deutschen Bundesbahn ein Vertrag über die so genannte Seeanbindung geschlossen.

In dem Vertrag verpflichtet sich die Deutsche Bundesbahn die Gleise am Starnberger See zu reduzieren, so dass es möglich ist die Seepromenade zu vergrößern und zugleich die Stadt auch städtebaulich an den See anzubinden. Zugleich verpflichtet sich die Deutsche Bundesbahn, der Stadt ihre nicht mehr benötigten Grundstücke am See kostengünstig zu übereignen. Im Gegenzug errichtet die Stadt den Bahnhof Nord und erhält das Bahnhofsgebäude am See. Die Kosten für die Seeanbindung trägt die Stadt; die Bundesbahn verpflichtet sich, die Finanzierung für einen behindertengerechten Zugang zu den Bahngleisen zu tragen.

Trotz erheblicher Widerstände gelang es der Stadt mit großem Einsatz, insbesondere der UWG, den Bahnhof Nord umzusetzen. Der Bahnhof mit seinem Parkdeck ist heute in der Bürgerschaft unumstritten. Leider scheiterten bisher an den knappen Finanzmitteln alle Überlegungen, das Parkdeck aufzustocken und so weitere Parkplätze zu errichten.



Im Gegenzug wurde das Bahnhofsgebäude am Bahnhof See von der Bahn an die Stadt übereignet.

Bürgermeister Pfaffinger hat während seinen Amtsperioden von 2002 – 2014 dieses Projekt konstruktiv vorangebracht; es wurden unter seiner Leitung namhafte Architekten eingeladen und zusammen mit der Bürgerschaft und dem Arbeitskreis Seeanbindung umsetzbare Planungen entwickelt.



Nachdem nach seiner Amtszeit das Projekt auf Eis gelegt wurde, hat die Bahn nunmehr Klage gegen die Stadt Starnberg eingereicht. Es ist Aufgabe des jetzigen Stadtrats, gemeinsam mit der Bahn eine umsetzbare Lösung zu finden, die den desolaten Zustand am Bahnhof See beendet.

## **Qualitativ hochwertige Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen in Starnberg**

Für die UWG war es ebenfalls ein bedeutsames Anliegen, die Renovierung des Gymnasiums und der Starnberger Grundschule mit Mensa sowie der Söckinger Grundschule aktiv zu unterstützen. Dr. Jürgen Busse war bereits 1990 Gymnasiumsreferent. Das Starnberg Gymnasium genießt als moderne Bildungseinrichtung großes Ansehen. Auch der Bau der Schlossberghalle wurde von der UWG unterstützt und ist heute ein wichtiger Pfeiler des Starnberger Kulturangebotes. Zu nennen ist ebenfalls die Volkshochschule, die im ehemaligen Gymnasium untergebracht ist und der Starnberger Bürgerschaft ein hervorragendes Bildungsangebot bietet.

Besondere Bedeutung hatte auch die Sanierung des Starnberger Hallenbades, welches heute nicht nur ein attraktives Angebot für alle Starnberger Bürger und Bürgerinnen darstellt, sondern zudem auch den Schulen zur Verfügung steht.

Ein wichtiges Anliegen der UWG ist und war es auch, Begegnungsmöglichkeiten für unsere Senioren zu schaffen. Daher hat es die UWG sehr begrüßt, dass neben den vielen Angeboten der Volkshochschule auch eine Begegnungsstätte für die Senioren geschaffen worden. Über viele Jahre organisierte erfolgreich Helmut Kilian Ausflugsfahrten für Senioren, die begeistert angenommen worden. Er ist heute Leiter des Ilse-Kubaschewski-Haus. Dieses Haus wurde mit den Mitteln der Ilse-Kubaschewski-Haus Stiftung errichtet, und stellt einen Dreh- und Angelpunkt für die Generation 60+ dar.

## **Haushaltspolitik in Starnberg**

Die UWG hat mit Professor Dr. Otto Gassner als Haushaltsreferent stets darauf geachtet, dass die geplanten Maßnahmen finanzierbar sind.

Vielen Bürgern ist nicht klar, dass die Stadt keine exorbitant hohen Einnahmen aus der Einkommenssteuer hat. Zwar gibt es in der Stadt viele wohlhabende Bürger, jedoch hat der Gesetzgeber den 15-prozentigen Einkommensteueranteil der Stadt so geregelt, dass Alleinstehende mit einem Jahreseinkommen von 35.000 € und Ehepaare mit einem Jahreseinkommen von 70.000 € berücksichtigt werden. Die darüber hinaus vom Finanzamt festgesetzten Steuern nimmt der Staat ein. Die Gewerbesteureinnahmen der Stadt reichen bei weitem nicht an die Steuereinnahmen von Gemeinden im Münchner Norden heran.

Die Stadt Starnberg ist von Landschaftsschutzgebieten umgeben, so dass das jetzige Gewerbegebiet nicht erweitert werden kann. Es unmittelbar an das Naturschutzgebiet Leutstettener Moos.

Daher ist es notwendig, eine solide Finanzplanung aufzustellen und die richtigen Prioritäten zu setzen.

# Visionen für die Zukunft

Jede Gemeinde braucht strategische Visionen für die künftige Entwicklung. Es geht nicht um unrealistische Wunschvorstellungen, sondern um eine Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen der Stadt Starnberg und der Entwicklung von finanzierbaren Zielen.

Gemeinsam mit Bürgermeister Patrick Janik und den Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, die bereit sind, an solchen Zielen mitzuarbeiten, wird die UWG sich auch künftig für eine nachhaltige Stadtpolitik einsetzen. Neue Ziele, z. B.

- eine nachhaltige Klimapolitik,
- der Ausbau einer ökologischen Infrastruktur mit neuen Radwegen und
- Ladestationen für die E - Mobilität sind genauso wichtig,
- wie der Einsatz der digitalen Instrumente in der Verwaltung und den Schulen.

Dies sollen nur Beispiele sein, die künftig Priorität in den Diskussionen im Stadtrat haben können.

**Auch dabei ist es notwendig,  
gemeinsam Strategien zu entwickeln.**

**Hierfür steht die UWG „ad multos annos.“.**

Autoren: Dr. Jürgen Busse, Ferdinand Pfaffinger, Dr. Thorsten Schüler, Heribert Thallmair  
Redaktion und v. i. S. d. P.: Unabhängige Wählergemeinschaft Starnberg, 82319 Starnberg  
Weitere Informationen unter [www.uwg-starnberg.de](http://www.uwg-starnberg.de)

